

Zwischen staatlicher Kontrolle und Selbstzensur: Zur Lage der Massenmedien im heutigen Russland

Siegl, Elfie

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Siegl, E. (2005). Zwischen staatlicher Kontrolle und Selbstzensur: Zur Lage der Massenmedien im heutigen Russland. *Russland-Analysen*, 58, 4-6. <https://doi.org/10.31205/RA.058.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Zwischen staatlicher Kontrolle und Selbstzensur Zur Lage der Massenmedien im heutigen Russland

Elfie Siegl, Berlin / Moskau

Zusammenfassung

Die russische Verfassung von 1993 garantiert die Freiheit der Massenmedien und verbietet ausdrücklich jede Art von Zensur in Russland. Doch hier liegt der Hund begraben: der Kreml und die Gouverneure in den Regionen definieren den Begriff Freiheit nach eigenem Gutdünken. Nach dem Zerfall der Sowjetunion erhielt Russland eins der liberalsten Pressegesetze der Welt. Doch es wurde bereits Ende der 90er Jahre korrigiert. Damals verschärfte man die Aufsicht des Staates über die Medien, vor allem über die elektronischen. Unter Präsident Wladimir Putin ist der Bewegungsradius für Journalisten inhaltlich wie geografisch weiter eingeschränkt worden, vor allem im Fall einer Berichterstattung über Terrorismus und den Krieg in Tschetschenien. Die staatlichen Fernsehsender wurden gleichgeschaltet, Direktsendungen und kontroverse Diskussionen hat man inzwischen aus den TV-Programmen gestrichen. Eine offizielle Zensur gibt es aber auch heute in Russland nicht. Doch es gelten ungeschriebene Regeln, an die sich Journalisten zu halten haben und es gibt die Schere im Kopf. Sie ist schlimmer als die offizielle Zensur.

„Keine Zensur“

Präsident Putin hat in Russland, davon sind viele Beobachter überzeugt, ein autoritäres Regime errichtet, das die Gewaltenteilung ausgehöhlt und die Freiheit der Massenmedien eingeschränkt hat. Das staatlich kontrollierte Fernsehen der Sowjetzeit ist auferstanden, allerdings im Unterschied zu früher mit einem breiten Angebot an ausländischen Spielfilmen. Der politische Qualitätsjournalismus im russischen Fernsehen ist in einer ersten Krise, seit im vergangenen Sommer das Politmagazin „Namedni“ (Vor Kurzem) des populären TV-Stars Leonid Parfjonow ersatzlos gestrichen wurde. Der eigenwillige Parfjonow hatte versucht, ein Interview mit der Witwe des in Katar von russischen Geheimdiensten umgebrachten einstigen tschetschenischen Rebellenführer Selimchan Jandarbijew ins Programm zu nehmen. Das reichte, um die Sendung zu kippen. Heute ist Parfjonow Chefredakteur der russischen Ausgabe von Newsweek. Andere prominente Fernsehjournalisten sind arbeitslos oder haben sich wie Nikolaj Swanidze, Moderator des Wochenmagazins „Serkalo“ (Spiegel), das inzwischen zum Interview der Woche schrumpfte, ihre Nischen gesucht. Swanidze etwa widmet sich heute überwiegend historischen Dokumentationen. Er persönlich habe, sagt er, niemals direkte Anweisungen von oben erhalten. „Ich bin innerlich vollkommen frei und kann mit den Rahmenbedingungen umgehen. Doch ich fürchte, dass junge Journalisten davon stark beeinflusst werden. Sie sind noch unsicher und haben einen inneren Zensor, der ihnen die eigenen Gedanken mit seinen riesigen Zähnen ausnagt. Die Leute engen sich selbst ein, das ist eine geistige Tradition bei uns.“

Bis 1991 gab es in der Sowjetunion eine staatliche Zensur: die entsprechende Behörde hieß Glawlit und wurde von den Abteilungen Propaganda und Kultur des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei kontrolliert. Die Kraft der Zensur sei gewesen, sagte später einer der ehemaligen Leiter von Glawlit, dass keine einzige Druckerei ohne Erlaubnisstempel der Zensur zu drucken gewagt habe. Diese Zeiten sind zum Glück vorbei. Die Medien wurden frei und sahen sich unter Boris Jelzin sogar als vierte Macht im Staate. Die russische Verfassung von 1993 garantiert die Freiheit der Massenmedien und verbietet ausdrücklich jede Art von Zensur. Eine Definition dessen, was Zensur ist, fehlt allerdings. Unter Jelzin erhielt Russland eins der liberalsten Pressegesetze der Welt. Es wurde dann Ende der 90er Jahre überarbeitet, als man die Aufsicht des Staates über die Medien verschärfte.

Damals kamen zwei Militärjournalisten, Pasko und Nikitin, die Umweltskandale der Marine öffentlich machten, vor Gericht. Der Grad der Unfreiheit der Medien war selbst unter Jelzin an den Einfluss geknüpft, den ein Presseorgan oder ein TV-Kanal auf die russische Gesellschaft hatte. Damit bestand bereits in der liberalen Jelzin-Zeit ein Widerspruch von gesetzlich garantierter Pressefreiheit und der Unterordnung unter die Interessen des Staates, die der Staat von den Medien erwartete. Unter Jelzins Nachfolger Wladimir Putin hat sich dieser Widerspruch verschärft. Als Folge wurden die Mediengesetze „nachgebessert“, das heißt, man passte sie der Realität einer schleichenden Zensur an. Diese Zensur betraf zunächst vor allem zwei wichtige Gebiete: die Berichterstattung über den Kreml und die über den Konflikt in Tschetschenien.

Eine Freiheit des Wortes hat es in Russland nie gegeben, es gab lediglich Glasnost

Der Präsident der Moskauer Stiftung „Schutz der Glasnost“, Alexej Simonow, Sohn des berühmten sowjetischen Schriftstellers Konstantin Simonow, betont unermüdlich, es habe in Russland niemals eine Freiheit des Wortes gegeben, sondern nur eine breit gefächerte Glasnost, die Offenheit, über alles zu schreiben. Die Freiheit des Wortes indessen, sagt er, sei eine Art Vertrag zwischen Gesellschaft, herrschender Macht und Medien, der sich auf drei Pfeiler stütze: Gesetze, Traditionen sowie Gewohnheiten und Fertigkeiten. Das alles aber gebe es in Russland nicht. „Die Fertigkeiten sind nicht ausgearbeitet, die Traditionen nicht geschaffen und die Gesetze wie das über den Zugang von Informationen, eine Grundlage der Freiheit des Wortes, sind nicht geschrieben. Die Freiheit des Wortes besteht aus Glasnost und einem Sich-Gehör-Verschaffen. Das erste gibt es, das zweite nicht.“

Der Dekan der Journalistenfakultät der Moskauer Staatsuniversität, Jasen Sasurskij, sagt, es gebe in Russland zwar offiziell Meinungsfreiheit. Doch wenn man mit unbotmäßigen Losungen auf die Strasse gehe oder diese an Wände male, könne man zur Verantwortung gezogen werden. Wer unter Freiheit des Wortes die Möglichkeit verstehe, an Fernsehdebatten teilzunehmen, eine eigene Zeitung herauszugeben oder sich Gehör zu verschaffen, werde große Schwierigkeiten bekommen. Heute habe in Russland die Polittechnologie – die Manipulation politischer Prozesse um eines bestimmten Ergebnisses willen – den Journalismus verdrängt. Das aber sei ein sehr gefährlicher Faktor.

Die meisten Medien sind politisch vom Staat und ökonomisch von den Oligarchen oder von beiden abhängig

Wer das Orchester bezahlt, bestimmt die Musik. Die wichtigsten Medien in Russland sind unter einer Handvoll Besitzern aufgeteilt. Der Staat und der mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche Gaskonzern Gazprom kontrollieren inzwischen die großen Fernsehkanäle und Radiosender sowie Nachrichtenagenturen, mehrere zentrale und unzählige lokale Printmedien. Was übrig bleibt, haben Großgeschäftsmacher, Oligarchen, unter sich aufgeteilt. Sie haben aus der unter Putin erfolgten Zerschlagung der einstigen Medienimperien ihrer Kollegen Wladimir Gussinskij und Boris Beresowskij, die beide aus Angst vor Verhaftungen Russland verlassen haben, ihre Lehren gezogen. Es sollte unbedingt eine Selbstzensur geben, sagt der 47 Jahre alte Andrej Wassiljew, Generaldirektor des Beresowskij mehrheitlich gehörenden Verlagshauses Kommersant,

ironisch „Wir haben in der Zeitung Kommersant sogar ein Zensurorgan. Dort wird überprüft, ob Artikel den Regeln des Kommersant, dazu gehört etwa die Angabe von Informationsquellen, entsprechen.“

Eine krenlkritische Berichterstattung ist in staatlichen Medien und in denen der Oligarchen, nicht erwünscht. Wer sich von den Journalisten nicht an dieses „Gentlemen agreement“ hält, verliert den Job. Als die mehrheitlich der Holding Interros des Wladimir Potanin gehörende Zeitung „Iswestija“ über die Geiselnahme in einer Schule im nordossetischen Beslan im vergangenen September auf der Titelseite ein ganzseitiges Foto druckte, dazu ein weiteres auf der Schlussseite, wurde Chefredakteur Raf Schakirow, damals erst elf Monate im Amt, fristlos gekündigt. Die Zeitung strafte mit ihrer ehrlichen Berichterstattung den Märchen des offiziellen Moskau Lügen. Der Besitzer des Blattes fürchtete deshalb den Zorn der Krenlgewaltigen. Er handelte in vorseilendem Gehorsam. Damit habe, sagt der Chefredakteur der politischen Wochenschrift „Nowoje Wremja“ (Neue Zeit), Alexander Pumjanskij, die oligarchische Zensur eine lächerliche Form angenommen. „Diese Leute haben Angst, denn sie haben etwas zu verlieren.“

Auch die staatlichen großen TV-Sender hatten Mühe mit der Berichterstattung über Beslan. Sie änderten ihre Programme zunächst nicht. So lief etwa auf dem überregionalen Kanal Rossija die Doku-Reihe „Die Welt der Abenteuer“, während in Beslan Kinder starben. Die Gleichschaltung des Fernsehens nimmt bisweilen satirische Züge an: Etwa, wenn die russische Tagesschau, die jeden Tag ihre Hauptnachrichten mit einer protokollarischen Chronik der Aktivitäten des Krenlchefs beginnt, zehn Minuten lang über den Besuch Putins in einem für diese Visite herausgeputzten Schweinestall berichtet. Oder wenn Tausende von Rentnern, wie in den vergangenen Wochen geschehen, gegen den Abbau von Sozialleistungen ganze Stadtzentren lahm legen und das Fernsehen lediglich Pensionisten einblendet, die ihre sozialen Einbußen freudig begrüßen.

Nowoje Wremja im Existenzkampf

Es mag Ironie der Geschichte sein, dass eins der wenigen noch gebliebenen freien Medien in Russland ausgerechnet in jenem Moskauer Zentralen Telegrafenamts, das einst die Staatszensur beherbergte, Unterschlupf gefunden hat. Im 5. Stock des Gebäudes hat die Redaktion der Wochenschrift Nowoje Wremja www.newtimes.ru sich eingemietet. Die Zeitschrift war in der Sowjetunion ein privilegiertes Pressorgan. Sie galt als Sprachrohr des mächtigen Außenministeriums und zielte mit ihren mehrsprachigen Ausgaben

auch auf Leser im Ausland. Deshalb verzichtete sie auf grobe Parteipropaganda und suchte sich intellektuelle, qualifizierte Autoren. Im postsowjetischen Russland änderte sie ihr Profil. „Wir wurden ein intellektuelles, antikommunistisches Journal. Diese Richtung hat sich bis heute nicht geändert,“ sagt Chefredakteur Pumjanskij. Man sei heute unter dem Gesichtspunkt der Kommerzialisierung der Massenmedien und der Verstaatlichungstendenzen des Kremls eins der wenigen unabhängigen Medien in Russland. „Uns Journalisten gehört die Zeitschrift. Wir sind frei, zu drucken und zu schreiben, was wir wollen.“ Nowoje Wremja besetzt mit der Menschenrechtsthematik, mit der Polemik gegen den alten Kommunismus und den neuen autoritären Staat eine Nische. Die Kehrseite der Medaille: finanziell lebt die Redaktion von der Hand in den Mund. Umso mehr freut sie sich, in diesem Jahr einen renommierten Journalistenpreis der Hamburger Zeit-Stiftung zu erhalten. Der Existenzkampf der Zeitschrift ist härter geworden, seit man sie vor einem Jahr aus ihrem, als Eigentum erworbenen Gebäude im Stadtzentrum verjagt hat. Angeblich soll sie das Haus freiwillig verkauft haben. Der Raub von gesetzlichem Eigentum durch gewaltsame Übernahmen sei eine verbreitete Erscheinung im Russland von heute, sagt Pumjanskij. Und natürlich habe dieser Skandal einen politischen Beigeschmack. „Die Besetzer wussten anscheinend sehr genau, dass wir keine offizielle Unterstützung erhalten. Einige Leute im Kreml haben wahrscheinlich mit Vergnügen festgestellt, dass wieder ein unabhängiges Presseorgan kaputtgemacht wird.“

Über die Autorin

Elfie Siegl, lange Jahre Korrespondentin für Hörfunk und Zeitungen in Moskau, lebt heute als freie Journalistin in Berlin und Moskau.

Lesetipps

OSCE Representative on Freedom of the Media (Hrsg.): Freedom and Responsibility. What We Have Done, Why We Do It – Texts, Reports, Essays, NGOs. Yearbook 2002/2003, Vienna 2003. http://www.osce.org/documents/rfm/2003/12/1713_en.pdf

Macht und Medien. Eine Initiative des Petersburger Dialogs, 24. Juni 2003 (Broschüre).

Anna Politkowskaja: Putins Russland, Köln: DuMont-Verlag 2005.

Fond zaschtschity glasnosti / Glasnost Defense Foundation, <http://www.gdf.ru/> (russisch, teilweise englische Materialien, u.a. wöchentliches Digest, auch in Englisch, <http://www.gdf.ru/digest/index.shtml>)

Nur russisch:

A.K. Simonow / A.B. Pankin (Fond saschtschity glasnosti), Hrsg.: Shurnalistika kak postupok. Sbornik publikacij pobeditelej i finalistow premii imeni Andreja Sacharowa „Sa shurnalistiku kak postupok“ sa 2003 god (Journalismus als Vergehen. Sammelband der Gewinner der Andrej-Sacharow-Prämie „Für Journalismus als Vergehen“ 2003), Moskau 2004. Volltext, russisch: <http://www.gdf.ru/books/books/saharov2004/premiya.pdf>

Nowoje Informacionnoje Sakonodatelstwo (Neue Informationsgesetzgebung), Hg. A. Simonow, Verlag Medeja, Moskau 2004. Volltext, russisch: http://www.gdf.ru/books/books/zakonodat_rf/zakon_smi.pdf

Delo No.12, Wlasti Belgorodskoj oblasti protiv Olgi Kitowoj (Akte Nr. 12. Die Exekutive des Gebiets Belgorod gegen Olga Kitowa), Verlag Galerija, Moskau 2003. Volltext, russisch: <http://www.gdf.ru/books/books/delo13/Delo13.pdf>

„... lieber Barkeeper“?

Es ist heute in Russland, wenn auch nicht verboten, so doch auch nicht erlaubt, die Herrschenden zu kritisieren und ungeschriebene Regeln zu verletzen. Wer etwa beschreibt, wie in Russland Eigentum gewaltsam umverteilt wird und dabei Ross und Reiter nennt, riskiert Morddrohungen oder Klagen vor Gericht wegen Verletzung der Ehre und Würde. Wer allzu kritisch über den Krieg in Tschetschenien berichtet, riskiert einen Besuch von der Steuerpolizei oder Anrufe vom Geheimdienst. Sich in diesem Chaos und Dickicht von ungeschriebenen Regeln und widersprüchlichen Gesetzen zu orientieren, erfordert Mut und Erfahrung oder die Schere im Kopf. Wen wundert, dass immer mehr Journalisten sich als Opfer einer Verschwörung sehen oder zur realen Zielscheibe werden? Zwei ermordete Journalisten, 15 tödlich angegriffene und 18 verhaftete Presseleute sowie zahlreiche eingestellte Medien – das war die Bilanz von „Reporter ohne Grenzen“ zur Pressefreiheit in Russland allein für das vergangene Jahr. Andrej Wassiljew, der das Verlagshaus Kommersant leitet und seine Laufbahn Anfang der 80er Jahre begonnen hat, sieht die Entwicklung in seiner Heimat pragmatisch. Er habe verschiedene Perioden erlebt, sagt er, aber als Journalist wieder so zu arbeiten wie in der Sowjetzeit, das könne und werde er nicht. „Ich will das Zwischen-Den-Zeilen-Schreiben nicht mehr. Dann werde ich lieber Barkeeper.“

Redaktion: Hans-Henning Schröder